

# Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft  
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (10. Jahrgang, Nr.8, August 2016)  
besuchen Sie uns auch im Internet unter [www.dags-konvent.de](http://www.dags-konvent.de)

**Die meisten Menschen auf dieser Welt sind keine Deutschen**

*Jan Techau, Direktor der europäischen „Denkfabrik Carnegie Europe“ in Brüssel*

## EU- Türkei-Abkommen

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

im Herbst 2015 haben Sie mit Ihrer Haltung in der Flüchtlingspolitik großen Respekt verdient. Seit dem 20. März 2016 erleben wir jedoch mit Entsetzen, wie das EU-Türkei-Abkommen verhindert, dass in Europa ankommende Schutzsuchende Asyl erhalten können. Sie hatten in Ihrer Regierungserklärung am 16. Dezember noch formuliert: „Abschottung ist im 21. Jahrhundert keine Lösung.“ Bei Verabschiedung des EU-Türkei-Deals im März hatten Sie und alle anderen europäischen Staats- und Regierungschefs betont, dass der Rechtsstaat an Europas Grenzen geachtet wird und dass rechtsstaatliche Verfahren gewährleistet werden.

Die Realität sieht anders aus:

### Keine Prüfung der Schutzbedürftigkeit an Europas Grenzen

Offiziell wurde behauptet, dass die Anträge aller Flüchtlinge geprüft werden. Dies ist nicht der Fall. Es wurden nachweislich Schutzsuchende aus Griechenland abgeschoben, obwohl sie ein Schutzgesuch geäußert haben. Seit Inkrafttreten des EU-Türkei-Abkommens wird nur noch nach formalen Kriterien geprüft, ob Schutzsuchende überhaupt einen Asylantrag stellen dürfen oder sofort wieder in die Türkei verbracht werden sollen. Nur Minderjährige, Schwangere, Alleinerziehende mit Kindern, alte Menschen u.a. werden von Abschiebungen ausgenommen. Die Fluchtgründe werden nicht berücksichtigt.

### Kein rechtsstaatliches Verfahren

Gegen Entscheidungen von Behörden ist in Europa ein effektiver Rechtsschutz möglich. Dies garantieren die Europäische Menschenrechtskonvention (Artikel 13, Recht auf wirksame Beschwerde) und die EU-Verfahrensrichtlinie. Doch in den griechischen Haftanstalten sitzen tausende Flüchtlinge hinter Gittern ohne Zugang zu Rechtsbeiständen. Das Einlegen von Rechtsmitteln ist damit für den Einzelnen so gut wie unmöglich. Dies ist ein eklatanter Verstoß gegen das EU-Recht. Gerichte haben nicht die Möglichkeit, Behördenentscheidungen zu revidieren.

### Kein Zugang zu Schutz in der Türkei

Selbst syrische Flüchtlinge haben lediglich Zugang zu "vorübergehendem Schutz" - in der Praxis ist auch dieser schwer erreichbar. Inhaftierung und menschenunwürdige

Behandlung von Zurückgeschobenen: Knapp 400 Schutzsuchende wurden im April in die Türkei zurückgeschickt. Ein Teil von ihnen wollte in Griechenland Asyl beantragen. Unmittelbar nach ihrer Abschiebung wurden alle Nicht-Syrer in der Türkei inhaftiert. Rechtsanwältinnen wurde der Zugang verwehrt. Auch UNHCR wurde die Kontaktaufnahme zu den Schutzsuchenden verweigert. Parallel berichten Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch, Mülteci-DER u.a. von illegalen Zurückschiebungen aus der Türkei, z.B. nach Afghanistan, Iran und Irak. PRO ASYL-Recherchen ergaben, dass eine yezidische Familie, die vor dem IS-Terror floh, von der griechischen Insel Samos in die Türkei abgeschoben wurde. Dort wurde ihr der Zugang zu einem Asylverfahren verwehrt. Angesichts der Androhung "freiwillig auszureisen" oder über einen sehr langen Zeitraum im Haftzentrum Kırklareli inhaftiert zu bleiben, gab die Familie auf und kehrte in den Nordirak zurück.

Die Türkei ist weit davon entfernt, ihren eigenen Staatsangehörigen Menschen- und Bürgerrechte zu garantieren. Recherchen und Dokumentationen von Menschenrechtsorganisationen zeigen, dass Flüchtlingsrechte in der Türkei eklatant verletzt werden. Todesschüsse an der syrisch-türkischen Grenze, völkerrechtswidrige Abschiebungen aus der Türkei nach Syrien und Irak, sowie die willkürliche Inhaftierung von Schutzsuchenden sind umfangreich dokumentiert.

### Ich unterstütze die Forderungen von PRO ASYL:

- Die Abschiebungen von Flüchtlingen in die Türkei sind sofort einzustellen. Schutzsuchende in Griechenland sind umgehend aus der Haft zu entlassen und menschenwürdig unterzubringen. Geflüchtete, die EU-Territorium erreicht haben, haben das Recht auf ein faires, individuelles Asylverfahren in der EU.
- Der EU-Türkei-Deal sowie die angestrebten Kooperationen zur Flüchtlingsabwehr, wie z.B. mit dem zerfallenen Staat Libyen, müssen sofort gestoppt werden.
- Die Europäische Union muss sichere und legale Fluchtwege für Schutzsuchende Menschen öffnen. Die EU-Mitgliedsstaaten und die Flüchtlinge an der Außengrenze brauchen Solidarität: Flüchtlinge sollen in andere EU-Mitgliedsländer legal weiterreisen dürfen, um dort ihr Asylverfahren zu durchlaufen.

Europa muss die Menschenrechte von Flüchtlingen einhalten!

*Offener Brief von „Pro Asyl“ an die Bundeskanzlerin vom 07.06.2016*

## Rüstungsexporte so hoch wie nie

Friedensforschungsinstitut SIPRI: Deutschland bei Großwaffen auf Platz fünf

Eine neue Studie des Friedensforschungsinstituts SIPRI von Ende Februar zeigt, dass vor allem im Nahen Osten kräftig aufgerüstet wird. Saudi-Arabien steigerte seine Importe in den vergangenen fünf Jahren um 275 Prozent. Insgesamt hat der Handel mit Waffen in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen, wie es in der Studie heißt.

Laut dem Stockholmer Institut sind die Rüstungsverkäufe zwischen 2011 und 2015 im Vergleich zu den fünf Jahren davor um 14 Prozent gewachsen. Größter Exporteur blieben zwischen 2011 und 2015 mit Abstand die USA mit einem Weltmarktanteil von 33 Prozent, gefolgt von Russland (25 Prozent), China (5,9 Prozent), Frankreich (5,6 Prozent) und Deutschland (4,7 Prozent). Gemeinsam stehen diese Länder für rund drei Viertel der internationalen Rüstungsexporte.

Deutschland lieferte an 57 Staaten. Die Hauptkunden deutscher Großwaffen waren in diesem Zeitraum die USA, Israel und Griechenland. Sehr viele deutsche Großwaffen gingen außerdem nach Südamerika, Asien und Ozeanien und in den Mittleren Osten. Die SIPRI-Daten umfassen nur den Handel mit Großwaffensystemen. Der Handel mit Kleinwaffen oder anderen Rüstungsgütern wird darin nicht berücksichtigt. Größte Importeure weltweit sind laut SIPRI Indien, Saudi-Arabien und China. Das Stockholm International Peace Research Institute wurde 1966 gegründet und ist ein unabhängiges, internationales Institut, das durch seine alljährlichen Berichte zur Rüstung bekannt ist.

aus: „Publik-Forum“ vom 25.03.2016

## Wohnungsbauprogramm reicht nicht aus

Senat und Wohnungswirtschaft haben ein neues Ziel ausgegeben: 10.000 Baugenehmigungen pro Jahr. Allerdings erreichten die Bezirke diese Maßgabe bereits in den vergangenen drei Jahren. Trotz Genehmigung wird nicht immer gebaut. Deshalb werden jährlich nur rund 6000 Wohnungen fertig, darunter 2000 Sozialwohnungen. Weil gleichzeitig jedes Jahr bei Tausenden Sozialwohnungen die Preisbindung endet, schwindet die Zahl günstiger Wohnungen also weiterhin. Inzwischen werden Wohnungen für durchschnittlich 12,45 € pro Quadratmeter angeboten. Das zeigt eine Untersuchung von Schülern des Gymnasiums Ohmoor in Zusammenarbeit mit dem Mieterverein zu Hamburg. "Trotz Mietpreisbremse stiegen die Mieten innerhalb eines Jahres in Hamburg 19 Mal schneller als die allgemeinen Lebenshaltungskosten", kritisiert Mietervereins-Vorstand Siegmund Chychla. Die Studie verdeutlicht zudem: Wohnungen für unter zehn Euro den Quadratmeter gibt es fast nur noch am Stadtrand.

aus: Hinz & Kunzt, Juni 2016

## Buchempfehlung

Sara Wagenknecht:

**Reichtum ohne Gier**

- **Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten**

Campus Verlag, 2016

ISBN 978-3-593-5051-69

Als Buch 19,95 €, als eBook 16,99 €

Sara Wagenknecht ist promovierte Volkswirtin, Publizistin und Politikerin, seit Oktober 2015 Vorsitzende der Linksfraktion im Deutschen Bundestag. Von 2010 bis 2014 war sie stellvertretende Parteivorsitzende und von 2004 - 2009 Abgeordnete im Europäischen Parlament.

"Wie kann es sein, das vom Steuerzahler finanzierte technologische Entwicklungen private Unternehmer reich machen, selbst wenn diese gegen das Gemeinwohl arbeiten" schreibt sie. Eine Forderung geht wie ein Faden durch das Buch: Eigentum darf nur durch eigene Arbeit entstehen. Sara Wagenknecht hat sehr detailliert und umfassend beschrieben, wie Kapitalismus definiert wird und wie er über die Jahrhunderte entstanden ist. Dabei bezieht sie sich auf viele Aussagen von Fachleuten jeder Richtung. Sie beschreibt, sehr verständlich, die Hintergründe, wie es dazu kommt, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinanderklafft. Mit glasklarer Analyse und konkreten Vorschlägen eröffnet sie die politische Diskussion über neue Eigentumsformen und zeigt, wie eine innovative und gerechte Wirtschaft aussehen kann. Sie stellt vier Unternehmensformen vor, z. B. die Mitarbeitergesellschaft, unverkäuflich und nicht auszubeuten. Keiner hat private Anteile und keine externen Eigentümer. Ein Unternehmen in dieser Rechtsform gehört also sich selbst und in diesem Sinne gehört es der Gesamtheit seiner Belegschaft. Natürlich wäre es nicht Sara Wagenknecht, würde sie sich nicht über unser Finanzwesen auslassen, die riesigen Konzerne und die Erbgengesellschaft auseinandernehmen. Ich bin nicht immer ihrer Meinung, aber wie sie den "Ist-Bestand" unserer Gesellschaft beschreibt und dass es so nicht weitergehen kann, ist sehr einleuchtend, sehr gut recherchiert von ihr beschrieben und gut zu lesen.

Roswitha Horstmann

**Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.**

**Beiträge und Anregungen bitte an  
Roswitha Horstmann,  
Email: rohorstmann@freenet.de**

**Unser nächstes Treffen findet statt am 12.09.2016 im Rauhen Haus, Haus Weinberg, Wir treffen uns von 18.00 bis 20.30 Uhr.**

**Habt Salz in euch und haltet Frieden untereinander.  
(Monatsspruch August 2016 aus Markus 9,50)**

Herausgeber: DAGS  
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:  
Siegfried Heidler, Hamburg  
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg